

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/804 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 04
Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung

Der Landtag möge beschließen:

Im	
Einzelplan 04	Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung
Kapitel 0411	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege
MG 01	Polizeiliche Aus- und Fortbildung
Titel 534.01	Maßnahmen zur Gewinnung von Nachwuchskräften

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 30,0 TEUR um 270,0 TEUR auf 300,0 TEUR und für das Jahr 2023 von 30,0 TEUR um 270,0 TEUR auf 300,0 TEUR erhöht.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt wie folgt:

Im

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1111	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben
Titel 359.01	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 463 365,6 TEUR um 270,0 TEUR auf 463 635,6 TEUR und für das Jahr 2023 von 218 875,0 TEUR um 270,0 TEUR auf 219 145,0 TEUR erhöht.

In der Titelerläuterung zu 1111-359.01 wird der Ansatz in der Zeile „Haushaltsausgleich“ in 2022 und 2023 sowie in der Zeile „Summe“ entsprechend erhöht.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Derzeit sind über 300 Stellen bei der Landespolizei unbesetzt. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, sollte ein Vielfaches der bisherigen Anstrengungen unternommen werden, damit geeignete und motivierte Bewerber für den Polizeidienst gewonnen werden können. Dementsprechend sollen die Gelder, die in die „Maßnahmen zur Gewinnung von Nachwuchskräften“ fließen, in erheblichem Maß angehoben werden. Nicht zuletzt laut Aussage des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung selbst, ist es gerade die zu geringe Zahl geeigneter Bewerber, die den Personalmangel bei der Polizei verursacht.